

Widerstand gegen Kürzung bei der Bildung

Größere Klassen, weniger Lehrer: SPÖ gegen eigene Ministerin

WIEN (SN, APA). Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) stößt mit ihren Sparplänen auch innerhalb ihrer Partei auf zunehmenden Widerstand. Bildungssprecherin Elisabeth Grossmann will Kürzungen an Schulen „nicht kampflos“ hinnehmen, Abgeordnete Daniela Holzinger sieht „staatlichen Zukunftsraub“, ihre Kollegin Marianne Gusenbauer-Jäger fordert die Rücknahme der Maßnahmen. SPÖ-Klubchef Andreas Schieder wiegelte in einem ORF-Interview ab: Der SPÖ-Parlamentsklub stehe „geschlossen“ hinter der Unterrichtsministerin, sagte er.

Folgende Sparmaßnahmen sind es, die für Kontroversen sorgen:

■ In Deutsch und Mathematik wird es an den AHS in der neunten Schulstufe keine Klasseinteilung bei mehr als 31 Schülern geben.

■ Bei den Wahlpflichtfächern halbiert das Unterrichtsministerium die Zahl der Gruppen, die eine Schule anbieten darf.

■ An den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen gibt es ebenfalls keine Teilung mehr in Deutsch und Mathe in der 9. Schulstufe sowie im sogenannten Fachbereich, etwa Rechnungswesen. In den Werkstätten werden künftig im Schnitt zehn statt acht Jugendliche pro Gruppe unterrichtet.

■ An den Neuen Mittelschulen wird der Bund künftig nur noch für vier statt sechs Wochenstunden einen Zweitlehrer in Deutsch, Mathe und Englisch in jeder Klasse finanzieren.

■ Wenn die Länder mehr Lehrer einstellen als vereinbart, sollen sie in Zukunft die Kosten zur Gänze übernehmen. Die Länder protestieren energisch.

Immer mehr Kleinschulen sperren zu

WIEN (SN, APA). Sinkende Schülerzahlen zwingen im kommenden Schuljahr mehrere Kleinschulen zur Schließung. In Salzburg wird die Hauptschule Plainstraße geschlossen. Dort hin übersiedelt die an Platzmangel leidende Neue Mittelschule Hubert-Sattler-Gasse. Kärnten sperrt die Volksschule Ebriach und das Oberstufenrealgymnasiums Gurk zu, die Hauptschule Hüttenberg könnte folgen. Im Burgenland werden drei Schulen geschlossen, welche steht noch nicht endgültig fest. Zwei Schulen stehen in Tirol vor dem Aus, die Volksschule in Pfafflar mit drei Schülern sowie die Volksschule in Kirchdorf mit vier Kindern. Mit Juli werden in der Steiermark die Volksschulen Gußwerk und Haslau geschlossen. Oppenberg und St. Anna folgen mit Schließung. Voralberg macht die Volksschule der Dornbirner Bergparzelle Ebnitz zu. In Oberösterreich wurden in den vergangenen vier Jahren 68 Schulen geschlossen oder zusammengelegt.

Sie bauen sich ihre Traumschule

Anleitung. Sie sind unzufrieden mit dem Schulsystem? Dann machen Sie es wie Sandra Berger und gründen Ihre eigene Schule. Dafür braucht man Geldgeber und viel Idealismus.

ALEXANDRA PARRAGH

WIEN (SN). Sandra Berger hat einen „Herzenswunsch.“ Sie will, dass ihre kleine Tochter von der Natur lernt. Auch in der Schule. Noch ist sie mit ihren sechs Monaten zu jung dafür. Doch Berger arbeitet daran, dass ihre Tochter später in eine Schule gehen kann, die ihren Vorstellungen entspricht. Sie gründet sie gerade. Eine Schule auf einem Bauernhof.

Das 16 Hektar große Grundstück in Rohrbach an der Gölse bei Lilienfeld in Niederösterreich haben Berger und ihre Mitstreiter des „LebensGut“-Projekts dafür bereits gekauft. Ihr Ziel: Einen Lebensraum für Kinder, Erwachsene und Senioren zu schaffen. Nicht nur eine Schule, auch ein Kindergarten, ein Seniorentageszentrum und Arztpraxis sollen hier unter anderem entstehen. Im Herbst beginnen die Umbauarbeiten. Ein Jahr, darauf soll der Unterricht für die ersten 15 Volksschulkinder starten. Wenn alles gut geht und der Landesschulrat grünes Licht gibt. „Leicht wird das nicht, mit den vielen baulichen Auflagen, die wir Schulgründer einhalten müssen“, sagt sie.

Beatrice Lukas vom Förderverband Freier Schulen bestätigt, dass es besonders schwierig ist, das **passende Gebäude** für die eigene Schule zu finden. Denn jedes Bundesland hat seine eigenen baulichen Vorgaben. Sie reichen von der Beleuchtung über die Sicherung der Fenster, die Fluchtwege bis hin zum Waschbecken in Klassenräumen. In Niederösterreich, wo die „LebensGut“-Schule entsteht, sind sieben Quadratmeter pro Kind als Mindestgröße vorgeschrieben. Dafür ist relativ egal, ob in der Schule Tische, Sessel oder eine Tafel stehen.

„Das hängt vom **pädagogischen Konzept** ab, das jede neue Schule in ihrem Statut festlegen muss“, sagt Lukas. Es entscheidet über den Lehrplan, der an der Schule gilt. Bei den **Lehrern** haben Privatschulen (ohne Öffentlichkeitsrecht) theoretisch freie Hand. Lukas beobachtet aber, dass die Schulbehörden strenger werden und nur mehr einschlägig ausgebildete Lehrer genehmigen.

Für neue Schulen empfiehlt sie sich an einem der Alternativlehr-



Lernen in der Natur von der Natur – das ist das Ziel der Bauernhofschule „LebensGut.“

Bild: SN/GREENCAREÖSTERREICH/HAAS



Bild: SN/LEBENS GUT

Leicht ist es nicht, eine Schule zu gründen.

Sandra Berger, Mutter und Gründerin

pläne zu orientieren, die das Unterrichtsministerium anerkannt hat. Oder gleich den Lehrplan von öffentlichen Schulen. Zumindest dann, wenn man wie die „LebensGut“-Schule das **Öffentlichkeitsrecht** anstrebt.

Die öffentliche Anerkennung ist entscheidend, damit die Schüler nicht mehr jedes Jahr an einer regulären öffentlichen Schule die Externistenprüfung ablegen müssen. Bis dahin werden die Privatschüler wie jene behandelt, die zu Hause unterrichtet werden. Beatrice Lukas, vom Förderverband Freie Schulen rät Eltern, die vorhanden, ihr Kind ab Herbst in eine neue Privatschule zu schicken, rechtzeitig zum häuslichen Unterricht abzumelden. „Das muss man

bis zum Schulschluss machen. Sonst riskiert man ein Verfahren wegen Schulpflichtverletzung“, sagt sie. Das kann Geld kosten, bis zu 440 Euro Verwaltungsstrafe.

Die Erlangung des Öffentlichkeitsrechts hat aber noch einen zweiten Vorteil für Privatschulen. Für sie gibt es öffentliches Geld. Am einfachsten ist, man macht, was auch Schulgründerin Sandra Berger überlegt. Man holt sich die Kirche als Partner. Die Lehrergehälter an konfessionellen Schulen bezahlt der Staat. Sie sollen geschätzte 80 Prozent der Fixkosten einer Schule ausmachen. Andere öffentlich anerkannte Privatschulen werden mit weit weniger, rund 800 Euro pro Schüler, gefördert. Für Berger stellt sich hier die „Grundsatzfrage“: „Wieso macht der Staat heute noch einen Unterschied, ob eine Schule unter kirchlicher Trägerschaft steht oder nicht?“

Viele Privatschulen kommen also nicht umhin, ein **Schulgeld** einzuheben. 350 bis 500 Euro macht es im Regelfall pro Monat aus, schätzt der Privatschulförderverband, es sei denn eine Schule hat

potente Geldgeber. Genau die sucht Schulgründerin Berger für die „LebensGut“-Schule. „Wir sind gerade auf Sponsorsuche. Wir hoffen, zumindest einen Platz für sozial Schwache gratis anbieten zu können“, sagt sie.

Doch was treibt jemanden wie sie überhaupt an, eine Schule zu gründen? **Idealismus** und Begeisterung. Ich will, dass mein Kind ganz natürlich lernt, von dem, was es sieht, und seine Freude am Lernen nicht verliert“, sagt Berger.

Idealismus und Begeisterung findet man bei Doris Knapp auch. Deshalb hat die gelernte Sonderschulpädagogin vor vier Jahren ihr Nachhilfeinstitut „genial lernen“ in Innsbruck gegründet. Ihren Plan, daraus eine Schule zu machen, hat sie jedoch aufgegeben. „Die gesetzlichen Bestimmungen, um eine Schule zu gründen, sind zu streng. Wir können unsere Räumlichkeiten nicht so umbauen, wie es verlangt wird“, sagt sie. Stattdessen unterrichtet sie ihre beiden schulpflichtigen Kinder und noch zwei andere selbst. Denn für den häuslichen Unterricht gebe es kaum Vorgaben.

350 Millionen für die Kinderbetreuung

ÖVP verkündet die Einigung mit den Ländern: Mehr Geld, mehr Plätze, mehr Wahlfreiheit

ANDREAS KOLLER

WIEN (SN). Gezieltes Ablenkungsmanöver – oder tatsächlich ein politischer Durchbruch? Mitten in die Kontroverse um die Sparvorschläge der roten Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek platzierte die ÖVP am Donnerstag die Frohbotschaft: Die schwarze Familienministerin Sophie Karmasin und der schwarze Finanzminister Michael Spindelegger hätten sich mit den Ländern auf den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung geeinigt.

Der Bund stelle im Rahmen einer Vereinbarung mit den Bundesländern insgesamt 350 Millionen Euro zur Verfügung, verlautete aus dem Büro Spindelegger.

Das sei nun „fix“, die „Einigung steht“. So weit die Botschaft aus dem Umfeld der ÖVP.

Auf der Ebene der Länder kann man diese Erfolgsmeldung noch nicht ganz nachvollziehen. „Es gibt noch keine Vereinbarung, einige Punkte sind noch offen“, hieß es im Büro der Salzburger Jugendlandesrätin Martina Berthold (Grüne). Aber: „Die Verhandlungen sind auf einem sehr guten Weg, das Verhandlungsklima mit der Familienministerin ist ausgezeichnet.“

Auf folgende Punkte hat man sich geeinigt (laut Spindelegger und Karmasin) beziehungsweise noch nicht ganz geeinigt (Berthold):

■ In der kommenden Legislatur-

periode stehen 350 Millionen für die Kinderbetreuung zur Verfügung, in der abgelaufenen Periode waren es nur 70. Diese Steigerung wurde bereits im Koalitionsübereinkommen der neuen Bundesregierung vereinbart.

■ Der Finanzierungsschlüssel (50 Prozent Bund, 50 Prozent Länder) wird gegen Ende der Legislaturperiode auf 65 Prozent Bund zu 35 Prozent Länder geändert. So soll sichergestellt werden, dass die vorgesehenen Mittel auch tatsächlich abgeholt werden.

■ Die Wahlfreiheit soll ausgebaut werden. Das Geld kann für die Schaffung neuer Betreuungsplätze, für die Bezahlung von Kleinkindpädagoginnen oder für die Bezahlung von Tagesmüttern ver-

wendet werden. Ebenso auch für Investitionen, etwa in zusätzliche Bewegungsräume für die Kinder oder die kindergerechte Ausstattung des Außengeländes.

■ Der Betreuungsschlüssel bei der Kleinkindbetreuung soll verbessert werden. Und zwar auf 1:4 bei Krippen und auf 1:10 bei Kindergärten.

■ Das Ziel lautet: Die Betreuungsquote bei den null- bis dreijährigen Kindern soll von 22 Prozent auf 33 Prozent ausgebaut werden.

ÖVP-Chef Spindelegger legt Wert auf die Feststellung, dass das Thema Kinderbetreuung „losgelöst von Institutionen“ betrachtet werde: Es gehe um Wahlfreiheit für die Familien.